Der Ein-Wort-Kreis im Katholikenausschuss

Das Auftreten der sog. Bürgerbewegung Pro Köln und die von ihr inszenierten fremdenfeindlichen wie religiös diskriminierenden Aktionen haben unseren Widerspruch und Widerstand hervorgerufen. Die gemeinsame Erklärung des Katholikenausschusses und des Ev. Kirchenverbandes Köln und Region ***„Alles ist in dem einen Wort zusammengefasst: Du sollst den Nächsten lieben wie Dich selbst“*** (3 Mo19,34; Lk 10,27) bildet die Grundlage und formuliert die Grundsätze unseres Eintretens für ein friedliches und tolerantes Zusammenleben von Bürgerinnen und Bürgern aller Herkünfte und Glaubensüberzeugungen in unserer Stadt.

Innerhalb des Katholikenausschusses befasst sich der **Ein-Wort-Kreis,** benannt nach unserer Erklärung, mit dieser stadt- und zivilgesellschaftlichen Herausforderung. Wir unterstützen die Pfarrgemeinden und Kath. Verbände, die sich in ihren Veedeln, oft in lokalen Bündnissen, gegen Fremden- und Islamfeindlichkeit engagieren und laden sie zur aktiven Mitarbeit im Ein-Wort-Kreis ein.

Zu den Aufgaben des Arbeitskreises gehört die Mitwirkung und Vertretung des Katholikenausschusses im überparteilichen Bündnis **„Köln stellt sich quer“**, zu dem sich Bürgerinnen und Bürger, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Parteien und viele Initiativen zusammengeschlossen haben, mit dem Ziel, der Fremdenfeindlichkeit, dem Rassismus und der Diskriminierung von religiösen Überzeugungen in unserer Stadt entschieden entgegenzutreten.

Wir engagieren uns und setzen uns gesellschaftspolitisch ein

- Für die Würde des Menschen als Gottes Ebenbild
- Für das Zusammenleben aller Kölnerinnen und Kölner in Frieden und Freiheit unabhängig von ihrer Herkunft und Religion
- Für ein multiethnisches, multikulturelles und multireligiöses Köln
- Für würdige Gebetsstätten aller Religionen
- Für die Aufnahme, Hilfe und Unterstützung von Menschen mit einem Flüchtlingsschicksal

Die freiheitliche Demokratie, in der wir leben erkennt im Artikel 1 Grundgesetz allen Menschen die Unantastbarkeit Ihrer Würde zu und verpflichtet alle staatliche Gewalt, sie zu achten und zu schützen. Das Grundgesetz garantiert die Gleichheit vor dem Gesetz und die Freiheit der religiösen Überzeugungen. Diese Freiheit, Gleichheit und Würde bilden die Grundlagen und Maßstäbe unseres Zusammenlebens. Sie müssen von uns allen getragen, gelebt und verteidigt werden, seit dem offensiven Auftreten rechtsextremistischer Parteien und Gruppierungen in unserer Stadt deutlicher und entschiedener denn je.